

GASTBEITRAG

SEXUELLE UND REPRODUKTIVE GESUNDHEIT UND RECHTE – DREHEN AM RAD DER ZEIT

Kann man mit einem Federstrich so einfach einmal Erreichtes als ungültig erklären? Reicht es, dass der US-amerikanische Präsident Donald Trump – wie schon einige seiner konservativen Vorgänger – Nichtregierungsorganisationen finanzielle Unterstützung untersagt, wenn diese Abtreibungen durchführen oder propagieren? Wird die sogenannte «Global Gag Rule» als Hebel benutzt, um Frauenrechte zu boykottieren?

Ich spreche hier bewusst von Frauenrechten, auch wenn es bei der sexuellen und reproduktiven Gesundheit immer auch ganz grundsätzlich um Menschenrechte geht. Denn in der Tat ist die «Global Gag Rule» in erster Linie ein Angriff auf die Gesundheit und die Menschenrechte von Frauen, wenn auch die ganze Gesellschaft davon betroffen ist.

GEBURTENKONTROLLE EINFÜHREN

Der rechtsbasierte Ansatz ist wohl einer der grössten Fortschritte in der internationalen Gesundheitszusammenarbeit der letzten 25 Jahre. Die Debatten in der Entwicklungspolitik waren seit den 70er Jahren sehr stark bevölkerungspolitisch geprägt. Dabei ging man davon aus, dass das grösste Problem der Entwicklungsländer die Überbevölkerung sei. Ziel müsse es deshalb sein, diese durch Geburtenkontrolle zu stoppen. Mit der Anti-

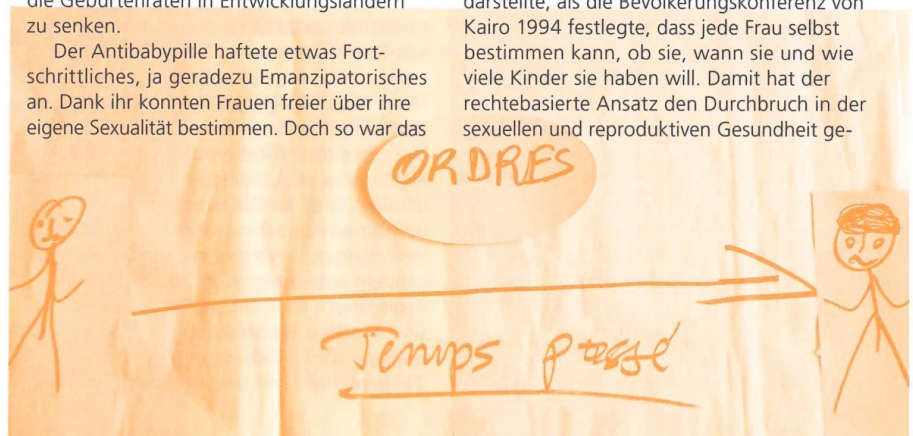
babypille stand dafür seit den 60er Jahren eine pharmazeutische Lösung zur Verfügung, um – zumindest in der Theorie – tatsächlich mit geeigneten Regierungsprogrammen die Geburtenraten in Entwicklungsländern zu senken.

Der Antibabypille haftete etwas Fortschrittliches, ja geradezu Emanzipatorisches an. Dank ihr konnten Frauen freier über ihre eigene Sexualität bestimmen. Doch so war das

von den Bevölkerungspolitikern nicht gemeint: Wenn Entwicklungsländer dazu gedrängt werden, Geburtenkontrolle einzuführen, hat das eine neo-kolonialistische und sexistische Dimension, indem der Staat die Fortpflanzung seiner Bürgerinnen kontrollieren soll.

DER DURCHBRUCH: SELBSTBESTIMMUNG ÜBER DEN EIGENEN KÖRPER

Bis in die 90er Jahre war damit die Bevölkerungspolitik stark patriarchalisch geprägt, schliesslich ging es um die Kontrolle des weiblichen Körpers. Man muss sich dessen bewusst sein, um zu verstehen, was für eine radikale paradigmatische Änderung es darstellte, als die Bevölkerungskonferenz von Kairo 1994 festlegte, dass jede Frau selbst bestimmen kann, ob sie, wann sie und wie viele Kinder sie haben will. Damit hat der rechtsbasierte Ansatz den Durchbruch in der sexuellen und reproduktiven Gesundheit ge-



Die Bevölkerungskonferenz von Kairo legte 1994 fest, dass jede Frau selbst bestimmen kann, ob sie, wann sie und wie viele Kinder sie haben will.

schafft. Er stellt das Individuum – die Frau – ins Zentrum, die nun selbstbestimmt über ihren Körper entscheidet.

Dieser Ansatz bringt aber in der Entwicklungszusammenarbeit viel mehr mit: Er setzt voraus, dass die Umstände beseitigt werden, welche die autonome Entscheidungsfreiheit der Frau einschränken. Damit weitet sich das Aufgabengebiet aus: Mädchen- und Frauenbildung geraten in den Fokus wie auch das Engagement gegen patriarchalische Einschränkungen, der Kampf gegen Gewalt an Frauen, die Erlangung von ökonomischer Unabhängigkeit für Frauen – alles Bereiche, in welchen IAMANEH tätig ist.

DAS RAD DER ZEIT LÄSST SICH NICHT AUFHALTEN

In vielen dieser Bereiche konnten tatsächlich Fortschritte erzielt werden, auch wenn wir noch weit davon entfernt sind, dort zu sein, wo wir sein sollten. In entwicklungspolitischen Kreisen ist man sich aber einig, dass die Abkehr von einem bevölkerungspolitisch motivierten zu einem rechtsbasierten Ansatz zentrale Voraussetzung ist, um den Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, Familienplanung, Information und Aufklärung zu verbessern.

Den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten zu stärken, ist auch

eines der Unterziele der UN-Agenda 2030. Dieses ist verbunden mit dem Ziel, «Geschlechtergleichstellung zu erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung zu befähigen.» Damit erscheint dieses Gesundheitsziel zusätzlich in einem Zielumfeld, in dem es um die Bekämpfung von Geschlechterungleichheit und Diskriminierung geht.

Angesichts dieser politischen Siege liesse sich beruhigt sagen: Konservative Präsidenten sind gekommen und gegangen – das Rad der Zeit zu mehr Fortschritt in der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der Frauenrechte lässt sich aber nicht aufhalten. Die «Global Gag Rule» ist nichts anderes als eine symbolische Geste der jeweils neugewählten Präsidenten an ihre reaktionäre Basis.

UNTERSTÜTZUNG VON FRAUEN IN GEFAHR

Doch so einfach ist das kaum. Zwar ist es nicht alleine ein US-amerikanischer Präsident, der den Gang der Dinge bestimmt, aber umgekehrt ist auch zu sagen, dass er eben nicht alleine ist. Wir sind in verschiedenen Ländern mit konservativen bis reaktionären Regierungen konfrontiert, die nicht bereit sind, patriarchale Strukturen und Sexismus aufzuweichen. Auch wenn internationale Deklarationen und die UN-Agenda 2030



«Mädchen- und Frauenbildung geraten in den Fokus wie auch das Engagement gegen patriarchalische Einschränkungen, der Kampf gegen Gewalt an Frauen, die Erlangung von ökonomischer Unabhängigkeit für Frauen – alles Bereiche, in welchen IAMANEH tätig ist.»

enorm wichtig für die Arbeit von Aktivistinnen und Aktivisten sind – am Ende zählt die politische Praxis in den einzelnen Ländern.

Neben diesen Überlegungen bedeutet die Umsetzung der «Global Gag Rule», dass wohl verschiedene Dienste, die ganz konkret Frauen unterstützen, in Gefahr sind. Die britische Zeitung «The Guardian» hat kürzlich Einzelschicksale von Frauen zusammengetragen, die vom Finanzierungsstopp der US-amerikanischen Regierung betroffen sein werden. Etwa das Schicksal von Menash: Sie lebt heute in einem vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen geführten Zentrum in Maiduguri, im Nordosten Nigerias.

Nach der dramatischen Flucht aus der Gefangenschaft der Boko Haram, die sie als Sexsklavin missbraucht haben, erhält sie in Maiduguri Schutz, Beratung und Unterstützung im Aufbau finanzieller Unabhängigkeit. Aufgrund der anstehenden Finanzierungslücke weiss jedoch niemand, wie lange dieses und 19 weitere solcher Zentren in der Region weiter arbeiten können. Ein einzelner Federstrich kann in der Tat viel bewirken.

Martin Leschhorn Strebel,
Geschäftsführer Netzwerk Medicus Mundi Schweiz

MEDICUS MUNDI SCHWEIZ, das Netzwerk Gesundheit für alle, ist ein freiwilliger Zusammenschluss von rund 50 in der internationalen Gesundheitszusammenarbeit tätigen schweizerischen Organisationen. Das Netzwerk bildet eine Plattform für den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern. Sein Ziel ist die Verbesserung von Qualität, Wirksamkeit und Sichtbarkeit der schweizerischen Gesundheitszusammenarbeit.

Als «**GLOBAL GAG RULE**» oder «**MEXICO CITY POLICY**» bezeichnet man die 1984 unter Präsident Ronald Reagan eingeführte Richtlinie, die besagt, dass keine US-Gelder mehr in Programme fliessen dürfen, welche Abtreibungen fördern. Damit streicht die Regierung der Vereinigten Staaten allen Organisationen, die Sexualberatungsdienstleistungen, Verhütungsmittel oder sichere Abtreibungen zum Schutz der Gesundheit von Frauen und Mädchen anbieten, die finanziellen Mittel. Der Erlass setzt die Organisationen unter Zwang, da die US-Zuwendungen den Hauptteil der für Familienplanung der Entwicklungsländer bereitgestellten Gelder ausmachen.